## S 12 R 192/22

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 9

Kategorie Urteil

Bemerkung -Rechtskraft -Deskriptoren -

Leitsätze Die Anrechnung des tatsächlichen

Zuverdienstes bei der Neuberechnung der Altersrente für besonders langjährig

Versicherte unter Ausschluss von

Vertrauensschutzregelungen nach § 34

SGB VI (idF bis 31.12.2022) ist verfassungsrechtlich nicht zu

beanstanden.

Normenkette SGB 6 § 34 Abs 2

SGB 6 § 34 Abs 3d SGB 6 § 34 Abs 3f S 3

SGB 10 § 45 SGB 10 § 48

1. Instanz

Aktenzeichen S 12 R 192/22 Datum 05.01.2023

2. Instanz

Aktenzeichen L 9 R 461/23 Datum 14.11.2023

3. Instanz

Datum -

Die Berufung der KlĤgerin gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Freiburg vom 5. Januar 2023 wird zurļckgewiesen.

Auà ergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

## **Tatbestand**

Die Klägerin wendet sich gegen die Rückforderung von Rentenleistungen nach Neufeststellung der Altersrente für besonders langjährig Versicherte aufgrund der Berücksichtigung tatsächlichen Hinzuverdienstes.

Der 1954 geborenen KlĤgerin, die die Regelaltersgrenze im Juni 2020 vollendete, bewilligte die Beklagte auf deren am 20.02.2018 gestellten Antrag mit Bescheid vom 25.07.2018 ab dem 01.03.2018 Altersrente fĂ¼r besonders langjĤhrig Versicherte (im Folgenden: Altersrente) als Teilrente wegen eines anzurechnenden Hinzuverdienstes. Mit dem Rentenantrag und in der ErklĤrung zum Hinzuverdienst bei Altersrente war seitens der KlĤgerin für den Zeitraum 01.03.2018 bis 31.12.2018 der voraussichtliche Bezug von Arbeitsentgelt in Höhe von 19.033,33 â $\Box$  und vom 01.01.2019 bis 30.09.2019 der voraussichtliche Bezug von Arbeitsentgelt in Höhe von 17.130 â $\Box$  angegeben worden. Der Vordruck enthielt einen Hinweis auf eine Erstattungspflicht im Falle einer A $\Box$ berzahlung. Im Rentenbescheid vom 25.07.2018 war der Zahlbetrag der Altersrente (286,19 â $\Box$  nach Abzug der Beitragsanteile des Rentners zur Sozialversicherung) u.a. unter BerA½-cksichtigung des mitgeteilten Hinzuverdienstes fA½-r 2018 (19.033,33 â $\Box$ -) errechnet worden.

Mit Bescheid vom 13.12.2018 hob die Beklagte den Bescheid vom 25.07.2018 mit Wirkung ab dem 01.01.2019 auf. Ab dem 01.01.2019 werde ein ge $\tilde{A}$  $^{\mu}$ nderter voraussichtlicher kalenderj $\tilde{A}$  $^{\mu}$ hrlicher Hinzuverdienst ber $\tilde{A}$  $^{\mu}$ cksichtigt. Aus dem mitgeteilten Hinzuverdienst f $\tilde{A}$  $^{\mu}$ r 2019 (17.130  $\hat{a}$  $^{\mu}$ ) errechnete die Beklagte einen Zahlbetrag nach Abzug der Beitragsanteile des Rentners zur Sozialversicherung in H $\tilde{A}$  $^{\mu}$ he von 466,63  $\hat{a}$  $^{\mu}$  (Rentenanspruch in H $\tilde{A}$  $^{\mu}$ he von 1.174,13  $\hat{a}$  $^{\mu}$ , Anrechnung aus Hinzuverdienst 651,02  $\hat{a}$  $^{\mu}$ ).

Unter dem 16.02.2019 erfolgte eine Neuberechnung der Altersrente ab 01.03.2019, weil ein ge $\tilde{A}$ nderter Zusatzbeitragssatz f $\tilde{A}$ 1/4r die Berechnung der Beitr $\tilde{A}$ 2 zur Krankenversicherung zugrunde zu legen war (Zahlbetrag nunmehr 467,15  $\hat{a}$ 1  $\bar{a}$ 1). Die H $\tilde{A}$ 9 he anzurechnenden Hinzuverdienstes  $\tilde{A}$ 2 nunmehr 467,15  $\hat{a}$ 1  $\bar{a}$ 2.

Mit einem weiteren Bescheid vom 03.04.2019 erhöhte sich der Zahlbetrag der Rente auf 495,75 â□¬ aufgrund der ab 01.01.2019 zu berücksichtigenden sog. Mütterrente (Zuschlag von persönlichen Entgeltpunkten). Auch insoweit ergaben sich keine Ã□nderungen am anzurechnenden Hinzuverdienst.

Mit Bescheid vom 26.06.2019 berechnete die Beklagte nach Eingang einer Bescheinigung des Arbeitgebers  $\tilde{A}^{1}_{4}$ ber das 2018 tats $\tilde{A}$ xchlich erzielte Arbeitsentgelt (18.732,35  $\hat{a}_{1}$ ) die Rente ab dem 01.03.2018 neu. Ab 01.07.2019 errechnete sie einen monatlichen Zahlbetrag von 467,15  $\hat{a}_{1}$ . F $\tilde{A}^{1}_{4}$ r die Zeit vom 01.03.2018 bis 30.06.2019 ergab sich eine Nachzahlung von 52,38  $\hat{a}_{1}$ . Dabei ber $\tilde{A}^{1}_{4}$ cksichtigte die Beklagte f $\tilde{A}^{1}_{4}$ r die Zeit vom 01.03.2018 bis 31.12.2018 den sich aus dem tats $\tilde{A}$ xchlichen Hinzuverdienst anzurechnenden Betrag, f $\tilde{A}^{1}_{4}$ r die Zeit ab 01.07.2018 unter Ber $\tilde{A}^{1}_{4}$ cksichtigung des sich nach Rentenanpassung ergebenden Rentenanspruchs. F $\tilde{A}^{1}_{4}$ r die Zeit ab dem 01.01.2019 legte sie auch weiterhin einen voraussichtlichen Hinzuverdienst von 17.130 $\hat{A}$   $\hat{a}_{1}$  zugrunde. Eine  $\tilde{A}_{1}$ nderung ber $\tilde{A}^{1}_{4}$ cksichtigte sie nur insoweit, als ab dem 01.07.2019 ein h $\tilde{A}$ ¶herer

Rentenanspruch aufgrund einer Rentenanpassung zu berücksichtigen war.

Mit Schreiben vom 05.09.2019 teilte die Klägerin mit, der Hinzuverdienst falle zum 01.10.2019 weg, ihr stehe damit ab dem 01.10.2019 ein Anspruch auf die Vollrente zu. Zugleich beantragte die durch einen Rentenberater vertretene Klägerin die Gewährung eines Beitragszuschusses zur privaten Krankenversicherung. Die Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung sei beantragt worden. Mit einer am 07.11.2019 eingegangenen Erklärung zu dem Hinzuverdienst erklärte die Klägerin, für die Zeit vom 01.01.2019 bis 31.12.2019 voraussichtlich ein Brutto-Arbeitsentgelt (einschlieÃ $\Box$ lich Einmalzahlungen) in HÃ $\P$ he von insgesamt 16.000 â $\Box$ ¬ zu erhalten.

Eine Klage vom 18.12.2019 auf Zahlung von Vollrente ab 01.10.2019 blieb ohne Erfolg (Klage unzul $\tilde{A}$ xssig, vgl. Gerichtsbescheid des SG vom 15.07.2020  $\hat{a}$  S 11 R 5258/19 -, Urteil LSG B.W. vom 20.12.2022  $\hat{a}$  L 13 R 2365/20 -).

Mit Bescheid vom 27.11.2019 lehnte die Beklagte die Neuberechnung der Rente ab. Eine Neuberechnung kĶnne nur erfolgen, wenn der geĤnderte voraussichtliche kalenderjĤhrliche Hinzuverdienst um mindestens 10 % von dem bisher berĽcksichtigten abweiche. Zurzeit werde ein kalenderjĤhrlicher Hinzuverdienst von 17.130 â☐¬ berľcksichtigt. Der nunmehr geĤnderte voraussichtliche kalenderjĤhrliche Hinzuverdienst von 16.000 â☐¬ weiche hiervon nicht um mindestens 10 % ab. Die Rente werde daher jetzt nicht neu berechnet. Jede Ä☐nderung des kalenderjĤhrlichen Hinzuverdienstes werde jedoch spĤter rľckwirkend berļcksichtigt, voraussichtlich zum nĤchsten ersten Juli. Mit dem hiergegen eingelegten Widerspruch machte die KlĤgerin geltend, der Hinzuverdienst falle zum 01.10.2019 um 100 % weg. Der Hinzuverdienst sei damit zum 01.10.2019 um mehr als 10 % gemindert.

Mit Bescheid vom 23.12.2019 gewährte die Beklagte der Klägerin Vollrente in Höhe von 1.244,57 â□¬ ab dem 01.01.2020 (Zahlbetrag nach Abzug der Beiträge des Rentners zur Sozialversicherung: 1.111,41 â□¬). Mit Bescheid vom 21.01.2020 stellte die Beklagte die ab dem 01.10.2019 zu gewährende Altersrente ohne Einbehalt von Beiträgen zur Krankenversicherung und Pflegeversicherung neu fest. Der krankenversicherungsrechtliche Status habe sich zum 01.10.2019 geändert. Ein Anspruch auf Nachzahlung von 301,04 â□¬ wurde festgestellt.

Mit Widerspruchsbescheid vom 12.02.2020 wies die Beklagte den Widerspruch gegen den Bescheid vom 27.11.2019 zur $\tilde{A}^{1}$ /4ck. Eine auf das Kalenderjahr bezogene Pr $\tilde{A}^{1}$ /4fung des Hinzuverdienstes bedeute, dass der kalenderj $\tilde{A}$ ×hrliche Hinzuverdienst der kalenderj $\tilde{A}$ ×hrlichen Hinzuverdienstgrenze gegen $\tilde{A}^{1}$ /4bergestellt werde. Werde die Hinzuverdienstgrenze  $\tilde{A}^{1}$ /4berschritten, k $\tilde{A}$ ¶nne die Rente in diesem Jahr nicht mehr als Vollrente, sondern nur noch als Teilrente geleistet werden. Eine  $\tilde{A}$ □nderung des Hinzuverdienstes k $\tilde{A}$ ¶nne nur dann ber $\tilde{A}^{1}$ /4cksichtigt werden, wenn auf das gesamte Kalenderjahr bezogen eine  $\tilde{A}$ □nderung um mindestens 10 % eintrete. Seit dem 01.07.2017 sei eine Hinzuverdienstgrenze f $\tilde{A}^{1}$ /4r das gesamte Kalenderjahr von 6.300 $\hat{A}$   $\hat{a}$ □¬ ma $\tilde{A}$ □gebend. Aufgrund des Wegfalles des Hinzuverdienstes mit dem 30.09.2019 betrage der im Laufe des Kalenderjahres

2019 erzielte Hinzuverdienst statt der zunächst angenommenen 17.130 â $\Box$ ¬ nur noch 16.000 â $\Box$ ¬. Damit sei auch eine Ã $\Box$ nderung um mindestens 10 % im laufenden Kalenderjahr nicht eingetreten. Klage und Berufung hiergegen blieben erfolglos (Gerichtsbescheid Sozialgericht Freiburg [SG] vom 24.06.2020 â $\Box$  $\Box$  S 11 R 653/20 -, Berufung Landessozialgericht [LSG] Baden-Württemberg Urteil vom 20.12.2022 â $\Box$  $\Box$  L 13 R 2045/20 -). Die Beschwerde der Klägerin gegen die Nichtzulassung der Berufung im Urteil des LSG hat das Bundessozialgericht (BSG) mit Beschluss vom 02.08.2023Â â $\Box$  $\Box$  B 5 R 19/23 B -, juris als unzulässig verworfen.

Den Widerspruch gegen den Bescheid vom 23.12.2019, gerichtet auf die Leistung einer Vollrente bereits ab dem 01.10.2019, wies die Beklagte mit einem weiteren Widerspruchsbescheid vom 12.02.2020 zur $\tilde{A}^{1}$ /4ck. Der Bescheid vom 23.12.2019 habe eine Regelung  $\tilde{A}^{1}$ /4ber Rentenleistungen erst ab dem 01.01.2020 getroffen. Die Entscheidung  $\tilde{A}^{1}$ /4ber die Ber $\tilde{A}^{1}$ /4cksichtigung eines Hinzuverdienstes f $\tilde{A}^{1}$ /4r die Zeit ab dem 01.10.2019 sei bereits Regelungsinhalt des Bescheides vom 27.11.2019. Klage und Berufung blieben auch hier ohne Erfolg (Gerichtsbescheid SG Freiburg vom 25.6.2020 â $\Box$  S 11 R 629/20 -, Berufung LSG Baden-W $\tilde{A}^{1}$ /4rttemberg Urteil vom 20.12.2022 â $\Box$  L 13 R 2044/20 -). Die Beschwerde der Kl $\tilde{A}$  $^{1}$ gerin gegen die Nichtzulassung der Berufung im Urteil des LSG hat das BSG mit Beschluss vom 02.08.2023 $\hat{A}$  â $\Box$  B 5 R 18/23 B $\hat{A}$  -, juris als unzul $\tilde{A}$  $^{1}$  $^{1}$ 8 ssig verworfen.

Mit Bescheid vom 21.01.2020 berechnete die Beklagte die Altersrente ab 01.10.2019 unter Berücksichtigung des bereits angerechneten Hinzuverdienstes neu, weil sich das Kranken- und PflegeversicherungsverhÃxltnis geÃxndert habe. Es ergab sich ein Anspruch auf Nachzahlung von insgesamt 301,04 â $\$ . Widerspruch (Widerspruchsbescheid vom 15.04.2020), Klage (Gerichtsbescheid des SG vom 23.11.2020 â $\$  S 11 R 1519/20 -) und Berufung (Urteil vom 20.12.2022 â $\$  L 13 R 3715/20 -) hiergegen blieben ohne Erfolg. Die Beklagte habe die Rente nach Wegfall der Kranken- und Pflegeversicherungspflicht zutreffend berechnet. Der Bescheid vom 21.01.2020 sei auch nicht Gegenstand der Widerspruchsverfahren gegen den Bescheid vom 27.11.2019 bzw. gegen den Bescheid vom 23.12.2019 geworden.

Mit Bescheid vom 15.05.2020 berücksichtigte die Beklagte für die Zeit ab 01.10.2019 (weiterhin unter Anrechnung des bereits berÃ⅓cksichtigten Einkommens) einen Zuschuss zur privaten Krankenversicherung. Die auf einen höheren Beitragszuschuss gerichtete Klage wies das SG mit Urteil vom 29.07.2021 â∏ S 11 R 3847/20 -) ab. Die allein auf eine ZurÃ⅓ckverweisung an das SG gerichtete Berufung bleib ohne Erfolg (Beschluss vom 29.03.2022 â∏ L 13 R 2911/21 -).

Mit dem hier streitbefangenen Bescheid vom 03.09.2021 berechnete die Beklagte die Rente mit Wirkung ab dem 01.01.2019 neu, weil  $\hat{A}_{-}^{-}$  f $\hat{A}_{-}^{-}$ r das Jahr 2019 der tats $\hat{A}_{-}^{-}$ xchliche Hinzuverdienst zu ber $\hat{A}_{-}^{-}$ cksichtigen sei  $\hat{A}_{-}^{-}$  f $\hat{A}_{-}^{-}$ r das Jahr 2020 der tats $\hat{A}_{-}^{-}$ xchliche Hinzuverdienst zu ber $\hat{A}_{-}^{-}$ 4cksichtigen sei  $\hat{A}_{-}^{-}$  f $\hat{A}_{-}^{-}$ 4r das Jahr 2020 wegen der Corona-Pandemie eine erh $\hat{A}_{-}^{-}$ 9 hte kalenderj $\hat{A}_{-}^{-}$ xhrliche Hinzuverdienstgrenze von 44.590,00 EUR gelte  $\hat{A}_{-}^{-}$ 10 f $\hat{A}_{-}^{-}$ 20 dem 01.07.2020 kein Hinzuverdienst mehr zu ber $\hat{A}_{-}^{-}$ 4cksichtigen sei

â□□ ein Zuschlag an Entgeltpunkten aus Beiträgen nach Beginn einer Rente weg	gen
Alters zu berücksichtigen sei	
â∏ eine Rentenanpassung durchzuführen war	
â∏ sich ab dem 01.01.2021 der Beitragssatz für die Berechnung des Zuschuss	es
zur Krankenversicherung ändere.	
Wegen der Höhe des Hinzuverdienstes stehe die Rente für die Zeit vom	

01.01.2019 bis zum 31.12.2019 als Teilrente und ab dem 01.01.2020 als Vollrente

zu. Die Beklagte stellte für die Zeit vom 01.01.2019 bis zum 31.08.2021 eine ̸berzahlung in Höhe von 1.484,02 Euro fest und forderte die Klägerin zur Erstattung auf.

Hiergegen lie $\tilde{A}$  die Kl $\tilde{A}$  gerin am 14.09.2021 Widerspruch einlegen, der nicht begr $\tilde{A}$  undet wurde.

Mit Widerspruchsbescheid vom 12.01.2022 wies die Beklagte den Widerspruch zur $\tilde{A}^{1}_{4}$ ck und f $\tilde{A}^{1}_{4}$ hrte zur Begr $\tilde{A}^{1}_{4}$ ndung aus, dass die Ab $\tilde{A}$ ¤nderung und R $\tilde{A}^{1}_{4}$ ckforderung den gesetzlichen Bestimmungen entspreche. Insbesondere seien nach  $\hat{A}$ § 34 Abs. 3d und 3f des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) die allgemeinen Vorschriften zur Bescheidaufhebung ( $\hat{A}$ § $\hat{A}$ § 45 bis 48 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch  $\hat{a}$  SGB X) nicht anzuwenden und insoweit auch keine Vertrauensschutzaspekte zu ber $\hat{A}^{1}_{4}$ cksichtigen.

Der BevollmÃxchtigte der KlÃxgerin machte auch weiterhin die GewÃxhrung einer Vollrente nach Aufgabe der TÃxtigkeit zum 01.10.2019 geltend. Ferner machte er Vertrauensschutzgesichtspunkte geltend und Fristen, die einzuhalten gewesen seien. Soweit diese hier nicht greifen  $w\tilde{A}^{1}_{4}$ rden, halte er dies  $f\tilde{A}^{1}_{4}$ r verfassungswidrig. Es sei auch nicht nachvollziehbar, woher der Hinzuverdienst  $f\tilde{A}^{1}_{4}$ r 2019  $k\tilde{A}$ xme, dieser stimme nicht mit dem Steuerbescheid 2019  $\tilde{A}^{1}_{4}$ berein.

Die Beklagte ist der Klage entgegengetreten und hat zur Begründung auf die Ausführungen im Widerspruchsbescheid verwiesen. Ferner hat sie eine Zusammenstellung der nach der Datenerfassungs- und â∏übermittlungsverordnung übermittelten Entgelte vorgelegt. Die Aufhebung sei seit dem 01.07.2017 direkt in § 34 SGB VI geregelt, es bedürfe keiner Bescheidkorrektur nach §Â§ 45-48 SGB X mehr. Vertrauensschutzregelungen seien nicht mehr von Relevanz, Ermessen nicht auszuÃ⅓ben. Bei der Neuberechnung der Rente unter Berücksichtigung des tatsächlichen Hinzuverdienstes sei der vorangegangene Bescheid mit dem voraussichtlichen Hinzuverdienst aufzuheben.

Mit Gerichtsbescheid vom 05.01.2023 hat das SG die Klage abgewiesen. Die als reine Anfechtungsklage erhobene Klage sei zulĤssig, aber unbegrĽndet. Wegen der Berechnung und BegrĽndung hat es auf den Bescheid vom 03.09. 2021 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 12.01.2022 gemĤÄ∏ § 136 Abs. 3 SGG umfassend Bezug genommen. Im Ä∏brigen bestreite die KlĤgerin die ihr Ľbersandten â∏ vom Arbeitgeber gemeldeten â∏ Entgelte trotz Nachfrage des Gerichts nicht und ebenso wenig mache die KlĤgerin konkrete Einwendungen gegen die Berechnung entsprechend der gesetzlichen Grundlage geltend. Das

Gericht habe auch keine Zweifel an der VerfassungsmäÃ∏igkeit des <u>§ 34 Abs. 3f SGB VI</u>.

Gegen den am 14.01.2023 zugestellten Gerichtsbescheid hat die Klägerin am 13.02.2023 Berufung zum LSG Baden-Württemberg eingelegt.

Mit dem am 14.11.2023 eingegangenen Schriftsatz hat der Bevollm $\tilde{A}$ xchtigte klargestellt, dass sich Klage und Berufung gegen die R $\tilde{A}^{1}$ 4ckforderung von Rentenleistungen wenden. Die Streichung von Vertrauensschutzvorschriften des SGB VI und X sei ein massiver Eingriff in die Grunds $\tilde{A}$ xtze der Rechtsstaatlichkeit. Es werde unausgewogen einfach jeglicher Anteil an Fehlerrechnungen seitens der Verwaltung ausgeblendet.

Die KlĤgerin beantragt, sachdienlich gefasst,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Freiburg vom 5. Januar 2023 sowie den Bescheid der Beklagten vom 3. September 2021 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12. Januar 2023 aufzuheben.

Der Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Zur Begründung hat sie sich auf ihr Vorbringen in erster Instanz und auf die zutreffenden Gründe des angefochtenen Gerichtsbescheides bezogen.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die beigezogenen Akten der Beklagten sowie auf die Gerichtsakten erster und zweiter Instanz verwiesen.

## EntscheidungsgrÃ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>nde

Die form- und fristgerecht erhobene Berufung der Klägerin ist gemäÃ∏ den §Â§ 143, 144, 151 Sozialgerichtsgesetz (SGG) zulässig. Sie bleibt aber ohne Erfolg.

Der Senat konnte in der mündlichen Verhandlung vom 14.11.2023 auch in Abwesenheit der Beteiligten über den Rechtsstreit entscheiden, da die Beteiligten durch gerichtliche Verfügung vom 25.10.2023, welche dem Prozessbevollmächtigten der Klägerin ausweislich des zurückgesandten Empfangsbekenntnisses am 28.10.2023 und der Beklagten ausweislich des zurückgesandten Empfangsbekenntnisses am 25.10.2023 zugegangen ist, ordnungsgemäÃ□ zum Termin geladen wurden. In dieser Ladung wurde darauf hingewiesen, dass auch im Falle des Ausbleibens Beweis erhoben, verhandelt und entschieden werden kann.

Gegenstand des Rechtsstreits ist neben dem Gerichtsbescheid des SG vom 05.01.2023 der Bescheid vom 03.09.2021 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12.01.2022.

Soweit vom BevollmÃxchtigten der KlÃxgerin erstinstanzlich erneut die Vollrente bereits ab dem 01.10.2019 begehrt wurde, ist bereits rechtskrÃxftig entschieden, dass ein solcher Anspruch nicht besteht. Denn die Klage gegen den insoweit ablehnenden Bescheid vom 27.11.2019 (Gerichtsbescheid SG vom 24.06.2020 â $\square$  S 11 R 653/20 â $\square$  und die Berufung hiergegen (LSG Baden-WÃ $^1$ /4rttemberg Urteil vom 20.12.2022 â $\square$  L 13 R 2045/20 -) blieben erfolglos. Die Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Berufung im Urteil des LSG hat das BSG mit Beschluss vom 02.08.2023Â â $\square$  B 5 R 19/23 BÂ -, juris) als unzulÃxssig verworfen.

Soweit sich der Rentenberater mit Klage und Berufung gegen die Rýckforderung von 1.484,02 â ¬ wendet und geltend macht, die Streichung von Vertrauensschutzvorschriften sei ein massiver Eingriff in die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und es werde unausgewogen einfach jeglicher Anteil an Fehlerrechnungen seitens der Beklagten ausgeblendet, ist eine Anfechtungsklage zulässig, wobei der Senat dabei zugrunde legt, dass sich die Klägerin auch gegen die Aufhebung des Bescheides vom 13.12.2018 und sich damit gegen die mit diesem Bescheid erfolgte à nderung ihres Anspruches auf Altersrente zu ihren Ungunsten wendet. Die Klage ist jedoch unbegrþndet.

Der Bescheid vom 03.09.2021 war und ist nicht gemÃxÃ☐ § 96 SGG Gegenstand eines anderen Verfahrens.

Die Beklagte hat mit Bescheid vom 13.12.2018 unter Berücksichtigung des von der KlĤgerin im Antrag auf GewĤhrung der Altersrente fļr besonders langjÃxhrig Versicherte angegebenen voraussichtlichen Hinzuverdienstes in Höhe von 17.130 â∏¬ die Teilrente für die Zeit ab 01.01.2019 angepasst. Diese Anpassung führte zu einer Erhöhung des Zahlbetrages auf Rente von vormals 286,19 â□¬ auf 466,63 â□¬. Zu weiteren Rentensteigerungen kam es mit Bescheid vom 16.02.2019 unter Berücksichtigung der damals noch zu zahlenden Beitragsanteile des Rentners zur Sozialversicherung (Anhebung des Zahlbetrages auf 467,15 â∏¬) und durch Erhöhung der persönlichen Entgeltpunkte aufgrund der Einfļhrung der sogenannten Mütterrente mit Bescheid vom 03.04.2019 (Zahlbetrag ab 01.01.2019: 495,19  $\hat{a} \neg$ , ab 01.03.2019: 495,75  $\hat{a} \neg$ ). Der Bescheid vom 26.06.2019 hat sodann den Leistungsanspruch der KlĤgerin für die Zeit vom 01.03.2018 bis 31.12.2018 unter Berücksichtigung des tatsÃxchlichen (und niedrigeren) Hinzuverdienstes festgestellt und für die Zeit ab 01.01.2019 unter Berücksichtigung des sich nach Erhöhung der persönlichen Entgeltpunkte aus der h\(\tilde{A}\)\(\tilde{I}\)heren Altersrente ergebenden h\(\tilde{A}\)\(\tilde{I}\)heren Hinzuverdienstes (jetzt 683,05  $\hat{a} \square \neg$ , zuvor 651,01  $\hat{a} \square \neg$ ) den Anspruch auf Zahlung der Altersrente angepasst (auf 466,63  $\hat{a} \square \neg$  bzw. ab 01.03.2019 auf 467,15  $\hat{a} \square \neg$ ). Schlie $\tilde{A}$  lich wurde mit Wirkung ab 01.07.2019 der aktuelle Rentenwert (33,05  $\hat{a}$ berücksichtigt, was sich jedoch wegen des zu berücksichtigenden Hinzuverdienstes nicht erhä¶hend auf den Zahlbetrag ausgewirkt hat. Damit hat der Bescheid vom 26.06.2019, der zu einem Anspruch der KIĤgerin auf Nachzahlung von 52,38 â∏¬ geführt hat, die zuvor ergangenen Bescheide gemäÃ∏ <u>§ 96 SGG</u> ersetzt. Dieser Bescheid ist mit Rechtsmitteln jedoch nicht angegriffen worden, sodass die Festsetzung mit dem hier angefochtenen Bescheid vom 03.09.2021, der einen h\(\tilde{A}\)\(\text{fheren tats}\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\)chlichen Hinzuverdienst

ber $\tilde{A}^{1}_{4}$ cksichtigte, als der voraussichtlichen Bemessung zugrunde gelegen hatte (19.277 $\hat{A}$   $\hat{a}_{3}$  statt 17.130  $\hat{a}_{3}$ , welche ma $\tilde{A}_{3}$  geblich war f $\tilde{A}^{1}_{4}$ r die damit erfolgte R $\tilde{A}^{1}_{4}$ ckforderung von Leistungen, nicht bereits in anderen Verfahren streitbefangen war.

Die Ablehnung der Neuberechnung der Rente mit Bescheid vom 27.11.2019 auf den Antrag der Klägerin, ihr ab 01.10.2019 Vollrente zu gewähren, ist nicht durch den vorliegenden Bescheid ersetzt worden. Der Bescheid vom 23.12.2019 hat lediglich Regelungen fä¼r die Zeit ab 01.01.2020 enthalten, welche hier von der Klägerin nicht angefochten sind, und der Bescheid vom 21.01.2020 hat dem Umstand Rechnung getragen, dass die Klägerin ab dem 01.10.2019 nicht mehr der Versicherungspflicht der Rentner unterlag, weswegen unter Berä¼cksichtigung der bisherigen Berechnungsgrundlagen die Beitragsanteile in Wegfall gebracht wurden und mit Bescheid vom 15.05.2020 rä¼ckwirkend ab 01.10.2020 ein Zuschuss zur privaten Krankenversicherung bewilligt wurde.

Die hier streitige Anrechnung von Hinzuverdienst nach dem tatsächlichen Hinzuverdienst ist nicht zu beanstanden. Die geltend gemachte Erstattungsforderung besteht zu Recht. Fehler der Verwaltung, die vom Bevollmächtigten behauptet werden, aber nicht dargelegt sind, sind insoweit nicht ersichtlich.

Die Entscheidung ist zunächst formell rechtmäÃ□ig. Es bedurfte insbesondere keiner vorherigen Anhörung. Denn <u>§ 34 Abs. 3f Satz 3 SGB VI</u> bestimmt ausdrýcklich, dass die Vorschriften zur Anhörung Beteiligter (<u>§Â 24 SGB X</u>) nicht anzuwenden sind.

Sie ist auch materiellrechtlich nicht zu beanstanden.

Der Berechnung des Rentenanspruches mit Bescheid vom 03.09.2021 lagen die persĶnlichen Entgeltpunkte zugrunde, die zuletzt mit dem Bescheid vom 03.04.2019 (ErhĶhung um 1 persĶnlichen Entgeltpunkt nach ŧ 307d Abs. 1a) SGB VI) festgestellt und auch im Bescheid vom 26.06.2019 fÃ $\frac{1}{4}$ r die Zeit ab 01.01.2019 zugrunde gelegt hatte und gegen die weder damals noch heute Einwendungen erhoben wurden. Ferner beruht die Berechnung des Rentenanspruchs auf dem seit 01.07.2018 (32,03 â $\Box$ ¬) bzw. ab 01.07.2019 (33,05) zu berÄ $\frac{1}{4}$ cksichtigenden aktuellen Rentenwert, was ebenfalls bereits Grundlage der Bewilligung vom 26.06.2019 war. So errechnete sich fÄ $\frac{1}{4}$ r 2019 zunÄ $^{\alpha}$ chst ein Rentenanspruch in HĶhe von 1.206,16 â $^{\Box}$ ¬ bzw. ab 01.07.2019 ein Anspruch auf 1.244,57 â $^{\Box}$ ¬.

Aufgrund des bezogenen Einkommens stand der Klägerin im Kalenderjahr 2019 eine Vollrente nicht zu. Denn <u>§ 34 Abs. 2 SGB VI</u> in der ab 01.07.2017 anzuwendenden Fassung bestimmt, dass ein Anspruch auf eine Rente wegen Alters als Vollrente vor Erreichen der Regelaltersgrenze nur besteht, wenn die kalenderjährliche Hinzuverdienstgrenze von 6.300 â□¬ nicht Ã⅓berschritten wird. Nach <u>§ 34 Abs. 3 Satz 1 SGB VI</u> besteht ein Anspruch auf Teilrente, wenn die Hinzuverdienstgrenze Ã⅓berschritten wird. Als Hinzuverdienst sind Arbeitsentgelt, Arbeitseinkommen und vergleichbares Einkommen zu berÃ⅓cksichtigen und

zusammenzurechnen. Insoweit ist festzustellen, dass die KlĤgerin, die im Juni 2020 die Regelaltersgrenze erreichte, Einkommen aus abhĤngiger BeschĤftigung bezog, das die Beklagte zunĤchst aufgrund der Angabe des voraussichtlichen Hinzuverdienstes in Höhe von kalenderjÃxhrlich 17.133,00 â $\Box$ ¬ berÃ $\frac{1}{4}$ cksichtigte. Mit dem hier streitigen Bescheid vom 03.09.2021 ist (allein) die RechtmäÃ∏igkeit der Anrechnung des tatsAxchlichen Hinzuverdienstes (A§ 34 Abs. 3d) SGB VI) (und die RechtmäÃ∏igkeit der Erstattungsforderung (§ 34 Abs. 3f) SGB VI) streitbefangen, wobei die Beklagte ihr gemeldetes Einkommen in HA¶he von 19.277 â∏¬ für das Jahr 2019 zugrunde gelegt hat. Hieran bestehen aus Sicht des Senats keine begründeten Zweifel. Die Klägerin hat dies trotz entsprechender Nachfragen des SG nicht substantiiert bestritten. Ein pauschales In-Abrede-Stellen reicht insoweit nicht aus, da nicht erkennbar ist, weshalb die über die üblichen Wege gemeldeten BetrĤge unzutreffend sein sollen. Es oblag der KlĤgerin, nachvollziehbare Gründe vorzutragen, weshalb der gemeldete und von der Beklagten berücksichtigte Betrag unzutreffend sein soll. Ermittlungen ins Blaue hinein waren insoweit weder vom SG noch vom erkennenden Senat veranlasst.

Die Anrechnung des tatsÄxchlichen Hinzuverdienstes durch die Beklagte entspricht den gesetzlichen Vorgaben. Rechtsfehler bei der Berechnung der Teilrente sind auch nach Prüfung durch den Senat nicht ersichtlich. Die Teilrente wird berechnet, indem ein ZwĶlftel des die Hinzuverdienstgrenze ļbersteigenden Betrages zu 40 Prozent von der Vollrente abgezogen wird. Ã∏berschreitet der sich dabei ergebende Rentenbetrag zusammen mit einem ZwĶlftel des kalenderiährlichen Hinzuverdienstes den Hinzuverdienstdeckel nach Absatz 3a), wird der überschreitende Betrag von dem sich nach Satz 2 ergebenden Rentenbetrag abgezogen. A Der Rentenanspruch besteht nicht, wenn der von der Rente abzuziehende Hinzuverdienst den Betrag der Vollrente erreicht (§ 34 Abs. 3 Satz 2). Der Hinzuverdienstdeckel wird berechnet, indem die monatliche BezugsgröÃ∏e mit den Entgeltpunkten (§Â 66 Absatz 1 Nummer 1 bis 3) des Kalenderjahres mit den h\(\tilde{A}\)\(\text{¶chsten Entgeltpunkten aus den letzten 15}\) Kalenderjahren vor Beginn der ersten Rente wegen Alters vervielfĤltigt wird. Er betrÄxgt mindestens die Summe aus einem ZwĶlftel von 6.300 Euro und dem Monatsbetrag der Vollrente. Der Hinzuverdienstdeckel wird jĤhrlich zum 1. Juli neu berechnet (§Â 34 Abs. 3a SGB VI). Ferner ist von dem Kalenderjahr an, das dem folgt, in dem erstmals Hinzuverdienst berýcksichtigt wurde, jeweils zum 1. Juli für das vorige Kalenderjahr der tatsächliche Hinzuverdienst statt des bisher berücksichtigten Hinzuverdienstes zu berücksichtigen, wenn sich dadurch rückwirkend eine Ã∏nderung ergibt, die den Rentenanspruch betrifft. In dem Kalenderjahr, in dem die Regelaltersgrenze erreicht wird, ist dies abweichend von Satz 1 nach Ablauf des Monats durchzuführen, in dem die Regelaltersgrenze erreicht wurde; dabei ist der tatsÄxchliche Hinzuverdienst bis zum Ablauf des Monats des Erreichens der Regelaltersgrenze zu berĽcksichtigen. Kann der tatsÃxchliche Hinzuverdienst noch nicht nachgewiesen werden, ist er zu berücksichtigen, sobald der Nachweis vorliegt (§ 34 Abs. 3e) SGB VI).

Die Höhe der Teilrente bei Ã□berschreiten des Hinzuverdienstes wird daher in zwei Schritten berechnet:

Im ersten Schritt (§Â 34 Abs. 3 Satz 2 SGBÂ VI) wird die Differenz zwischen dem

tatsächlich erzielten Hinzuverdienst (hier: 19.277 â□¬) und der Hinzuverdienstgrenze (6.300 $\hat{A}$   $\hat{A} = 0$ ) ermittelt. Diese Differenz (12.977,00  $\hat{A} = 0$ ) wird durch zwölf geteilt, d.h. es findet eine gleichmäÃ∏ige Verteilung der ̸berschreitung der Hinzuverdienstgrenze auf die Kalendermonate statt (ungeachtet der Frage, in welchem Kalendermonat welcher Hinzuverdienst erzielt worden ist); dies ist die sog. Jahresdurchschnittsbetrachtung (=  $1.081,42 \hat{a} \square \neg$ ). Vom Ergebnis dieser Division werden 40% genommen (= 432,57 â□¬) und das Ergebnis dieser Prozentrechnung als Hinzuverdienst von der Vollrente (hier bis 30.06.2019: 1.206,16  $\hat{a} \sqcap \neg$ , ab 01.07.2019: 1.244,57  $\hat{a} \sqcap \neg$ ) abgezogen (1.206,16  $\hat{a} \sqcap \neg$  $\hat{a} \sqcap \exists 432,57 \ \hat{a} \dashv \exists 773,59 \ \hat{a} \dashv \exists 1.244,57 \ \hat{a} \dashv \exists 432,57 = 812,00 \ \hat{a} \dashv \exists 1.244,57 \ \hat$ Im zweiten Schritt (<u>§Â 34 Abs. 3 Satz 3 SGBÂ VI</u>) erfolgt die Begrenzung auf den sog. Hinzuverdienstdeckel. Danach wird der insgesamt erzielte Hinzuverdienst  $(19.277,00 \ \hat{a} \square \neg)$  durch zw $\tilde{A}$ ¶lf geteilt  $(=1.606,42 \ \hat{a} \square \neg)$  und das Ergebnis und der aufgrund des ersten Schrittes ermittelte monatliche Restbetrag der Rente (773,59  $\hat{a} \sqcap \neg bzw. 812,00 \hat{a} \sqcap \neg)$  werden addiert (= 2.380,01  $\hat{a} \sqcap \neg bzw. 2.418,42 \hat{a} \sqcap \neg)$ . Der Hinzuverdienstdeckel wird berechnet, indem die monatliche BezugsgrĶÄ∏e (2019: 3.115 â□¬) mit den Entgeltpunkten (§Â 66 Absatz 1 Nummer 1 bis 3) des Kalenderjahres mit den hA¶chsten Entgeltpunkten aus den letzten 15 Kalenderjahren vor Beginn der ersten Rente wegen Alters (hier das Jahr 2011 mit 0,6262 Entgeltpunkten) vervielf $\tilde{A}$ ×ltigt wird (= 1.950,61  $\hat{a}$  $\square$  $\neg$ ). Er betr $\tilde{A}$ ×gt mindestens die Summe aus einem Zwölftel von 6 300 Euro (525 â∏¬) und dem Monatsbetrag der Vollrente.

Die sich aus monatlich erzieltem Hinzuverdienst und monatlichem Restbetrag der Rente ergebende Summe (2.380,01  $\hat{a} \neg bzw$ . 2.418,42  $\hat{a} \neg bzw$ . und der Hinzuverdienstdeckel (1.950,61  $\hat{a} \square \neg$ ) werden einander gegen $\tilde{A} \frac{1}{4}$ bergestellt. Ist die Summe niedriger als der Hinzuverdienstdeckel oder maximal so hoch wie er, erfolgt keine weitere Anrechnung. Ist die Summe dagegen h\(\tilde{A}\)\(\text{fher, wird die Differenz (2.380,01 â∏¬ â∏∏ 1.950,61 â∏¬ bzw. 2.418,42 â∏¬ â∏∏ 1.950,61 â∏¬) zwischen der Summe und dem Hinzuverdienstdeckel gebildet. Diese Differenz (429,40 â∏ bzw. 467,81 â□¬) wird in voller Höhe von dem nach Absatz 3 Satz 2 verbleibenden Restbetrag (773,59 â□¬ bzw. 812,00 â□¬) abgezogen, also nicht nur in Höhe von 40%. Es verbleibt daher ein Zahlbetrag von 344,19 â∏¬ vor Abzug der damals noch geschuldeten BeitrÄxge des Rentners zur Sozialversicherung. Auf diese Weise wird erreicht, dass die Versicherten grundsÄxtzlich nur ein Einkommen aus (Teil-)Rente und Hinzuverdienst bis zur HA¶he des frA¼heren Einkommens erzielen können. Erreicht der nach MaÃ∏gabe dieser Berechnung anzurechnende Hinzuverdienst den Betrag der Vollrente, erlischt der Rentenanspruch (Absatz 3 Satz 4) (Uta Freudenberg in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB VI, 3. Aufl., Stand 28.04.2023, §Â 34 SGB VI Rn. 56).

Berechnungsfehler lassen sich für die Zeit ab 01.03.2019 (Ã□nderung der Beiträge des Rentners zur Sozialversicherung), ab 01.07.2019 (Erhöhung des aktuellen Rentenwerts) und 01.10.2019 (Gewährung eines Zuschusses zur Krankenversicherung nach Ende der Versicherungspflicht) nach PrÃ⅓fung durch den Senat nicht feststellen. Auf die ausfÃ⅓hrliche Darlegung der Berechnungen (Anlage: Rente und Hinzuverdienst) im Bescheid kann daher ergänzend verwiesen werden.

Aus der vorliegenden Abrechnung (Anlage: â\|\Berechnung der Renteâ\|\ Seite 7f.) l\tilde{A}\( \tilde{x}\) sst sich entnehmen, dass es aufgrund des h\tilde{A}\|\tilde{h}\) heren als zugrunde gelegten Hinzuverdienstes zu einer \tilde{A}\|\tilde{b}\) berzahlung in H\tilde{A}\|\tilde{h}\) e von insgesamt 2.016,02 \( \tilde{a}\)\ \( (319,22+639,12+479,34+578,34) \) im Jahr 2019 gekommen ist. Dieser Betrag ist gem\tilde{A}\( \tilde{A}\)\ \( \tilde{A}\)\ 34 Abs. 3f Satz 2 SGB VI zu erstatten. Den urspr\tilde{A}\|\frac{1}{4}\'\tilde{n}\'\til

Dass der Beklagte hier lediglich 1.486,02 â

¬ erstattet verlangt, beruht auf einem mit dem Bescheid errechneten Nachzahlungsanspruch der Klägerin in der Zeit vom 01.07.2020 bis 31.08.2021 durch Verrechnung. Hierdurch ist die Klägerin nicht beschwert.

Aus § 34 Abs. 3f Satz 3 SGB VI ergibt sich zugleich, dass bei Ã∏nderungen des Hinzuverdienstes nach den AbsAxtzen 3c) bis 3e)A weder Vertrauensschutzgesichtspunkte zu berĽcksichtigen sind noch Ermessen auszuüben ist. Die Regelungen zur Rücknahme eines rechtswidrigen begÃ1/4nstigenden Verwaltungsaktes (§Â 45 SGBÂ X) und zur Aufhebung eines rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsaktes (§Â 48 SGBÂ X) sind kraft Gesetzes nicht anzuwenden. Vielmehr räumt Absatzâ 3f Satzâ 3 der Herstellung â∏materieller Gerechtigkeitâ∏∏ den Vorrang vor einem etwaigen Vertrauensschutz des Versicherten ein (Uta Freudenberg, a.a.O., §Â 34 SGB Rn. 122). Es soll der Zustand hergestellt werden, der bestanden hAxtte, wenn das tatsAxchlich zu berücksichtigende Einkommen bereits bei der Bescheiderteilung bekannt gewesen wĤre. Gleichzeitig ist die Hinzuverdienstgrenze dabei so beschaffen, dass der letzte wirtschaftliche Dauerzustand, soweit er sich im beitragspflichtigen Einkommen ausgedrückt hat, in etwa aufrechterhalten werden kann (Fichte in: Hauck/Noftz SGB VI, 4. Ergänzungslieferung 2023, § 34 Rn. 13, 16, unter Hinweis auf die Beispiele in BT-Drucks. 11/4124 S. 161).

Das ist auch nach A berzeugung des Senats nicht verfassungswidrig. Im vorliegenden Fall wird die Kläzgerin aufgefordert, ihr nicht zustehende Rentenleistungen zu erstatten. Es geht hier nicht â wie der Bevollmäzchtigte meint â um eine Fehlerkorrektur eines Verhaltens der Beklagten, die die Anrechnung von Hinzuverdienst auf der Grundlage der konkret anzuwendenden Vorschriften vorgenommen hatte und zwar sowohl mit Blick auf den voraussichtlichen kalenderjänhrlichen Hinzuverdienst als auch bezogen auf den hier tatsänchlich anzurechnenden Hinzuverdienst. Aus dem Rechtsstaatsprinzip folgt nicht in jedem Fall die Verpflichtung des Gesetzgebers, einen Bestandsschutz fälft Unrechtspositionen oder zu viel gezahlte Rentenleistungen (A berzahlungen) vorzusehen, zumal die Kläzgerin hier konkret in dem von ihr unterschriebenen Formular â charagstellung zum Hinzuverdienst bei Altersrenteä, das sie mit der Antragstellung auf Altersrente vorgelegt und in dem sie Angaben zum voraussichtlichen Hinzuverdienst fälft 2018 und 2019 gemacht hatte, im Rahmen

von Nr. 5 dieses Formulars (â\delian Einverst\tilde{A}\tilde{\tilde{A}}\tilde{n} die Verpflichtung zur Erstattung \tilde{A}\tilde{4}\tilde{berzahlter} Rente hingewiesen wurde (â\delian Wenn Sie Hinzuverdienst erzielen, ber\tilde{A}\tilde{4}\tilde{cksichtigen} wir f\tilde{A}\tilde{4}\trilde{r} die Berechnung ihrer Rente zun\tilde{A}\tilde{x}\tilde{cksichtigen} wir f\tilde{A}\tilde{4}\trilde{r} die Berechnung ihrer Rente zun\tilde{A}\tilde{x}\tilde{cksichtigen} wir f\tilde{A}\tilde{4}\trilde{r} die Berechnung ihrer Rente zun\tilde{A}\tilde{x}\tilde{a}\tilde{cksichtigen} wir regelm\tilde{A}\tilde{x}\tilde{A}\delta\tilde{cksichtigen} wir dem tats\tilde{A}\tilde{x}\tilde{chlichen} Verdienst. Stellen wir dabei eine \tilde{A}\delta\tilde{berzahlung} der Rente fest, m\tilde{A}\tilde{4}\tilde{ssen} Sie den zu viel gezahlten Betrag zur\tilde{A}\tilde{4}\tilde{ckzahlen}\tilde{a}\delta\tilde{ckzahlen}\tilde{a}\delta\tilde{ckzahlen}\tilde{a}\delta\tilde{ckzahlen}\tilde{a}\delta\tilde{ckzahlen}\tilde{a}\delta\tilde{ckzahlen}\tilde{a}\delta\tilde{ckzahlen}\tilde{a}\delta\tilde{ckzahlen}\tilde{a}\delta\tilde{ckzahlen}\tilde{a}\delta\tilde{ckzahlen}\tilde{a}\delta\tilde{ckzahlen}\tilde{a}\delta\tilde{ckzahlen}\tilde{a}\delta\tilde{ckzahlen}\tilde{a}\delta\tilde{ckzahlen}\tilde{ckzahlen}\tilde{ckzahlen}\tilde{a}\delta\tilde{ckzahlen}\tild

Die Kostenentscheidung beruht auf  $\frac{\hat{A}\S 193 \text{ SGG}}{193 \text{ SGG}}$  und ber $\tilde{A}^{1/4}$ cksichtigt das Unterliegen der Kl $\tilde{A}$ ¤gerin auch im Berufungsverfahren.

Gründe, die Revision zuzulassen, liegen nicht vor. Die hier maÃ∏geblichen Regelungen sind mit Wirkung ab dem 01.01.2023 auÃ∏er Kraft getreten. (vgl. § 34 i.d.F <u>Art. 7 Nr. 4</u> des 8. SGB IV-Ã∏ndG v. 20.12.2022 <u>BGBl. I 2759</u>).

Â

Erstellt am: 24.01.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024